

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

(A) **Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Tagesordnungspunkt 8 b. Wir setzen die Abstimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 18/8647 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/7425 mit dem Titel „Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung stärken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Unter Buchstabe c empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/5386 mit dem Titel „Arbeitslosenversicherung gerechter gestalten und Zugänge verbessern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

(B) Tagesordnungspunkt 8 c. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Arbeitsförderung neu ausrichten – Nachhaltige Integration und Teilhabe statt Ausgrenzung“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/5119, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/3918 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Dr. Anton Hofreiter, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bäuerlicher Milchviehhaltung eine Zukunft geben – Milchmenge jetzt begrenzen

Drucksache 18/8618

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE sowie der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner,

Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

Milchmarkt stabilisieren – Milchkrise beenden

Drucksachen 18/6206, 18/8641

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wenn Sie die Plätze etwas zügiger einnehmen könnten, könnte ich die Aussprache eröffnen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Friedrich Ostendorff, Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit meiner Rede beginne: Herzlichen Glückwunsch, Frau Staatssekretärin, zu Ihrem Geburtstag heute!

(Beifall)

Was für Zeiten haben wir eigentlich? 300 Bauernverbandsmitglieder demonstrieren in Schleswig-Holstein gegen den Bauernverband mit seinem äußerst hilflosen Präsidenten Schwarz.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig so!)

Sie fordern, dass der Bauernverband sich endlich für eine sofortige europaweite Milchmengenreduzierung einsetzt. Meine Damen und Herren, das ist nicht die Position von Bauernverband und Union. Das sind grüne Forderungen. Auch wir Grünen sind dafür, denen zu helfen, die sich verantwortlich verhalten und die Milchmengen nicht steigern. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bäuerliche Politik wird heute von Grünen formuliert.

Ich bin seit 48 Jahren Bauer. 20 Cent, teilweise 15 Cent pro Liter Milch – solch ein Milchpreiszusammenbruch und so lange, das ist der totale Strukturbruch. Das Schlimmste: Es gibt kein Licht am Ende des Tunnels. Minister Schmidt erklärt – ehrlich, wie er ist –, 2025 werde der Preis für Milch wieder bei 37 Cent pro Liter liegen. Bekommt der Minister denn überhaupt noch mit, was in den Betrieben los ist? Milchbäuerinnen und Milchbauern auf 2025 zu vertrösten, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die nicht mehr ein noch aus wissen, die nicht mehr an morgen glauben können, weil sie nicht mehr wissen, wie sie heute die Rechnungen von gestern und vorgestern bezahlen sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihr Milchgipfel am Montag, was war das denn?

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das war der Gipfel!)

Friedrich Ostendorff

- (A) Was hat der denn verändert? – Ja, das war der Gipfel. Es war der Gipfel der Verantwortungs- und Hilflosigkeit. So kann man es zusammenfassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Milchbäuerinnen und Milchbauern wurden nicht einmal eingeladen. Dann, nach unserem massiven Druck vonseiten der Opposition, durften sie letzten Freitag an den Katzentisch von Staatssekretär Bleser rücken. Und die Länderagrarminister? Die werden erst eingeladen, dann werden sie wieder ausgeladen. Welche Arroganz! Welche Selbstherrlichkeit! Was ist das für eine Kultur, miteinander umzugehen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Minister Schmidt hat es anscheinend nicht mehr nötig, mit Bäuerinnen und Bauern zu reden. Was ist das für ein Politikverständnis? Es ist eine Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Rückzug ins dunkle Kämmerlein, Zugbrücke hoch. In der Wagenburg, die der Deutsche Bauernverband einrichtet, ist für Sie sicherlich noch ein einsames warmes Plätzchen, Herr Minister Schmidt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist ja peinlich!)

Was haben Sie denn mit diesem Gipfel erreicht? Angekündigt hatten Sie unter anderem den Kampf, einen Fonds des Handels aufzulegen. 500 Millionen Euro sollte der Handel in einem Solidaritätsfonds bereitstellen. Nichts, null, gar nichts ist dabei herausgekommen. Der Handel hat die kalte Schulter gezeigt – wie nicht anders zu erwarten –, und das war's. Nur, die 75 000 Milchviehbetriebe haben im letzten Jahr 5 Milliarden Euro Milchgeld verloren. „Schmidt fehlt eine Strategie“, titelt *top agrar*, das Leitmagazin der Landwirtschaft. Schmidt fehlt eine Strategie – stimmt, das finden wir auch. Wie wahr! Wir unterstützen die These „Schmidt fehlt eine Strategie“ ausdrücklich.

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie ist denn Ihre Strategie?)

Es ist aber noch viel schlimmer: Minister Schmidt schafft mit seiner Politik die bäuerliche Landwirtschaft ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer von uns hätte das gedacht, dass ein CSU-Landwirtschaftsminister die bäuerliche Landwirtschaft auf dem Altar des liberalen Weltmarktes der Agrarindustrie opfert?

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Leider alle!)

Frau Merkel, Herr Kauder, Herr Seehofer, Sie haben ja schon am Montag Gelegenheit dazu: Stoppen Sie endlich diesen irrlichternden Totengräber!

Schauen wir uns die Vorschläge, die Sie gemacht haben, diese Gießkannenvorschläge, einmal an:

(Dr. Johann Wadepuhl [CDU/CSU]: Kommen Sie doch einmal zu Ihren Vorschlägen!)

Unfallversicherungszuschüsse wollen Sie geben. Unfallversicherungszuschüsse helfen allen, aber nicht speziell den Milchbauern. Sie bringen sie im Durchschnitt höchstens einen Tag weiter; denn der durchschnittliche Betrieb bekommt ungefähr 350 Euro Zuschuss, und das ist das, was er im Moment jeden Tag im Stall verliert. Klasse Vorschlag, oder doch nicht? (C)

Steuererleichterungen und Steuerrückstellungen helfen wieder nur den Betrieben, die eh schon Gewinne machen, nicht den Betrieben in der Krise, die keine Gewinne machen; denn es ist bisher nicht bekannt, dass Steuern auf Verluste erhoben werden. Toller Vorschlag, oder?

Bürgschaften sind sicherlich gut für Volksbanken und Sparkassen, die den Wahnsinn gefördert haben. Das ist nichts als weiße Salbe.

Aber die Krönung ist der einzig neue Vorschlag, der am Montag kam, nämlich Flächenverkäufe steuerfrei zu stellen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Skandal!)

Das kann doch wohl nicht wahr sein. Das ist der pure Skandal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, CDU/CSU und Minister Schmidt setzen sich dafür ein, Bauernfamilien schneller um ihr Eigentum zu bringen. Kalte Enteignung ist das, nichts anderes. Wer hätte das für möglich gehalten? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Was wir jetzt endlich brauchen, ist eine Politik für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft. Wir brauchen die Erhaltung der Milcherzeugung in der Fläche. Wir brauchen sie besonders mit Weidehaltung. Eine Politik für die bäuerliche Landwirtschaft bedeutet für uns Grüne eine Politik für die Umwelt, die Tiere sowie die Bäuerinnen und Bauern. Das alles wollen wir zusammen denken. Dafür setzen wir uns ein.

Was wir endlich brauchen, ist eine wirksame Mengenreduzierung. Herr Staatssekretär, Sie müssen den Milchbäuerinnen und -bauern helfen, die Mengen zu reduzieren. Alles andere hilft nicht. Setzen Sie endlich die vorgeschlagenen Maßnahmen, den einstimmig gefassten Beschluss der Agrarministerkonferenz um.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Sie kommen bitte zum Schluss.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sofort, Frau Präsidentin. – Selbst Bundeskartellamtspräsident Mundt, nicht verdächtig, Grünen-nah zu sein, bezeichnet das Molkereigeschäft als das risikoloseste. Nehmen Sie die Molkereien stärker in die Pflicht, wenn es darum geht, wirksame Mengenreduzierungen anzu-

Friedrich Ostendorff

- (A) gehen und ihren Lieferanten zu helfen. Wir Grüne fordern Minister Schmidt auf, endlich zu handeln oder sein Scheitern hier zu erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nun hat für die Bundesregierung der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Bleser, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In der Tat liegen die Agrarmärkte am Boden. Die Getreidepreise sind im Vergleich zu 2008 um ein Drittel bis zur Hälfte geringer. Die Schweinepreise liegen ebenfalls am Boden. Der Milchmarkt ist am schlimmsten betroffen. Dort haben wir Preise zu verzeichnen, die sich in der Nähe von 20 Cent bewegen. Das alles hat seine Gründe.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu viel Milch!)

Der Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland zeigen Wirkung. Der Markt in China ist aufgrund eines Konjunkturerinbruchs zurückgegangen. Nordafrika und der arabische Raum sind durch Terrorismus und Krieg geprägt. Das Ganze ist auf eine Produktion gestoßen, die aufgrund hoher Preise auf einem hohen Niveau war. Parallel ist die Milchquotenregelung, die seit 1983 bestand, ausgelaufen. Das Problem ist nun, dass die Märkte auf diese Veränderungen nicht ausreichend schnell reagieren konnten.

- (B)

Lieber Kollege Ostendorff, wenn man in einer solchen Situation einen befristeten Festpreis für Milch einführt, wie das Ihre Fraktion in ihrem Antrag fordert, dann schimmert das sozialistische Rot in Ihrem grünen Partebuch wieder einmal sehr deutlich durch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das funktioniert auf den Märkten nicht. Auch eine Steuerung ist nicht mehr zu etablieren. Wer rückzahlbare Soforthilfen fordert, leistet keine Hilfe. Wer dann noch wie die Linke einen Festpreis mit einer Abgabenbonus- bzw. -malusregelung durchsetzen will,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Mit den Grünen gemeinsam!)

dem kann man nur sagen: Das funktioniert ebenfalls nicht. Das ist vorbei. Es gibt keine Quote mehr. Wir wollen genauso wie die Bauern keine Quote mehr, weil sie nicht funktioniert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass sie nicht funktioniert hat, beweisen die Jahre 2007 und 2008. Damals war der Milchpreis genauso im Keller.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Deswegen sage ich hier ganz klar: Die Verantwortung liegt bei den Marktbeteiligten – dorthin gehört sie auch –, beim Lebensmitteleinzelhandel genauso wie bei den Molkereien. Kollege Ostendorff, an diesem Punkt stimmen wir überein. Wir haben beim Milchgipfel am vergangenen Montag darüber gesprochen, warum die Molkereien hinnehmen, dass Milch, die nicht auf den regulären Märkten verkauft und nicht für Produkte verwendet werden kann, für 17 oder 18 Cent auf dem Spotmarkt vertickt wird. Das macht keinen Sinn. Da müssen wir eingreifen. Wir müssen mit den Erzeugern sprechen; denn so, wie es bisher läuft, wird der Milchpreis der Produkte reduziert, die einen Markt gefunden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Ostendorff, Sie haben den Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe angesprochen. Zu Beginn der Milchquote 1983 gab es noch 394 000 milcherzeugende Betriebe. Nun gibt es noch rund 74 000. Trotz Quote hat der Strukturwandel durchschnittlich 5 Prozent der Betriebe jährlich zur Aufgabe bewegt; das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben 10 Prozent! 10 Prozent ist ein Strukturbruch!)

Daran wird sich durch Fortschritt und Effizienzsteigerung auch in Zukunft nichts wesentlich ändern, egal wer regiert. Das ist die Realität, und die können Sie nicht ausblenden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wie ich dargelegt habe, ist die Marktsituation dramatisch. Weil es außenpolitische Wirkungen gibt und weil wir eine Kulturlandschaft und eine sichere Lebensmittelproduktion in Deutschland haben wollen, haben wir eine gesellschaftliche Verantwortung. Diese wollen wir auch wahrnehmen. Deswegen haben wir am Ende des letzten Jahres und zu Beginn dieses Jahres ein Liquiditätshilfeprogramm aufgelegt. Wir sprechen von 69,2 Millionen Euro; rund 10 000 Betriebe haben die Mittel in Anspruch genommen. Es konnten Liquiditätshilfen von 100 000 Euro mit einer Verzinsung von 1 Prozent und 10 000 Euro als direkte Hilfe an die Höfe ausgereicht werden. An der Stelle möchte ich einmal ein Lob an unser Haus aussprechen. Das BLE hat zwischen Weihnachten und Neujahr durchgearbeitet und die Anträge beschieden, die in einer ersten Tranche bis Mitte März ausgezahlt worden sind. Die letzte ist in diesem Monat bei den Höfen angekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben uns auch sozial engagiert. Wir haben gemeinsam in der Großen Koalition die Mittel der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mit zusätzlich 78 Millionen Euro aufgestockt. Das bringt Beitragssenkungen von 16 Prozent. Das ist ein Beitrag zur Solidarität. Das muss man einfach sehen. Andere Branchen achten diesbezüglich argwöhnisch auf uns.

Auch die Europäische Union hat reagiert. Wir haben einen Auffangpreis, nämlich den, bei dem die Intervention bei Magermilchpulver und Butter greift. Die Menge

(C)

(D)

Parl. Staatssekretär Peter Bleser

- (A) wurde jetzt noch einmal auf 350 000 Tonnen aufgestockt, um den Druck aus dem Markt zu nehmen. Mehr kann man nicht tun.

Heute gegen Abend wird das Agrarmarktstrukturgesetz beraten. Nach diesem Gesetz werden erstmals, kartellrechtlich abgedeckt, freiwillige Mengenabsprachen zwischen Erzeugergemeinschaften und Molkereien möglich werden. Wir setzen noch eins drauf – ich bin sehr dankbar, dass uns das gelungen ist –, indem wir die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung aufnehmen. Das ist etwas ganz Neues, das eine Langfristwirkung hat. Damit beenden wir die Ohnmacht der Milcherzeuger auf dem Markt; denn wir geben ihnen die Chance, sich zu organisieren und, wenn einige nicht mitmachen wollen, sie mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung dazu zu bringen. Damit können Marketingmaßnahmen organisiert werden. Herr Minister Schmidt ist in Brüssel vorstellig geworden, um damit unter Umständen auch eine Mengensteuerung zu erreichen. Das ist sinnvoll. Ich bin dem Koalitionspartner dankbar, dass wir das zum Schluss doch noch zusammen hinbekommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun zum Milchgipfel. Man kann einen Milchgipfel mit 50 Leuten einberufen. Ich kann Ihnen sagen, wie das dann abläuft. Es werden Statements abgegeben; die Pressemeldungen sind schon vorher verschickt. Es kommt nichts dabei heraus. Wir haben die Erzeuger, die Milchindustrie und auch den LEH zusammengeführt und über drei Stunden sehr intensiv diskutiert. Ich kann nur eines sagen: Nachdem man sich zunächst gegenseitig die Schuld zugewiesen hat, ist man dann doch zu der Meinung gekommen, man müsse einen Branchendialog beginnen. Den haben wir begonnen. Unter Beachtung der kartellrechtlichen Bestimmungen kann in Zukunft miteinander besprochen werden, was getan werden kann, um Markteinbrüche wie den, den wir jetzt haben, abzufedern. Ich bin sehr optimistisch, dass das eine Langfristwirkung entfaltet.

- (B) Wir sind auch staatlicherseits noch nicht am Ende. Wir hoffen, dass das Parlament bei der nächsten Haushaltsberatung wieder eine zusätzliche Hilfe für die Unfallversicherungsbeiträge gewährleistet. Wir haben dem Finanzminister dafür zu danken, dass er uns angeboten hat – das alles muss hier noch beschlossen werden –, dass wir eine Gewinnglättung von drei Wirtschaftsjahren vorsehen können. Das hört sich banal an; aber damit können wir erstmals entsprechend der Volatilität der Märkte und auch der Witterung landwirtschaftliche Gewinne strecken, sodass Gewinne, die in einem Jahr, das ein gutes Wirtschaftsjahr war, anfallen, nicht versteuert werden müssen, wenn im folgenden Jahr, das vielleicht schlecht war, keine Gewinne erzielt worden sind. Das hilft und wird schon im laufenden Steuerjahr Wirkung entfalten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Ostendorff, Sie haben die Veräußerungsgewinne angesprochen. Wir wollen nicht, dass Landwirte Grund und Boden verkaufen. Aber wenn der eine oder andere die Chance hat, einen Bauplatz zu vermarkten, dann

- (C) sollte man ihm die Chance geben, diese Gewinne zur Schuldentilgung steuerfrei zu verwenden. Mehr ist das nicht. Das ist eine Hilfe, die in Anspruch zu nehmen wir ermöglichen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch einmal sagen: Die Bundesregierung steht hinter den bäuerlichen Familien. Wir sorgen uns um deren Zukunft. Ich hätte eine herzliche Bitte an die Grünen und auch an die Linken, und auch unser Koalitionspartner kann da nicht ungeschoren bleiben:

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So eine Unverschämtheit!)

Versuchen wir zumindest in der jetzigen Zeit, unsere Bauern und unsere bäuerlichen Familien nicht weiter zu belasten, indem wir neue bürokratische Auflagen beschließen, die nur zu Kosten und zur Verringerung der Motivation der Bauern führen. Das wollen wir nicht.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie lenken nur von Ihrem eigenen Versagen ab!)

Wir haben eine Politik gemacht, die eine Perspektive für die Landwirtschaft bedeutet.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind Verursacher der Krise!)

Dazu stehen wir, und dabei bleiben wir.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes spricht die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Worum geht es denn eigentlich bei der Milchkrise? Es geht darum, dass man seit vielen Monaten sehr früh am Morgen aufsteht, und zwar auch am Wochenende, um Kühe zu melken, und an jedem einzelnen Tag genau weiß, dass der Erlös so gering sein wird, dass man eigentlich noch Geld mitbringen muss. Warum ist das so? Weil Handels- und Molkereikonzerne Milch zur Ramschware gemacht haben und weil sie selbst vom Dumpingpreis erst einmal ihre Gewinne abziehen, sodass die Milcherzeuger nur das bekommen, was übrig bleibt. Im Klartext: Almosen statt faire Bezahlung. Ich finde das sittenwidrig. Dass das geduldet wird, finde ich nicht akzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Betrieben herrscht Verzweiflung, Frust und blanke Existenzangst, und zwar überall. Ich verstehe das sehr gut – erst recht, weil sie in eine Falle gelaufen sind. Was haben EU, Bundesregierung und Bauernverband nicht alles für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Quote

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) im April 2015 versprochen? Es wurde ein gelobtes Land ohne die Fesseln der Mengenbegrenzung mit unerschöpflicher Nachfrage auf dem Weltmarkt gepriesen. Schon Jahre zuvor durfte pro Jahr 1 Prozent Milch mehr produziert werden. In Deutschland wurde sogar noch mehr gemolken, weil der Markt angeblich auf diese Milch wartete. Die dafür fälligen Strafzahlungen würde man in Brüssel schon wegverhandeln, wurde versprochen. Des Weiteren gab es Fördermittel für eine Erweiterung der Produktion. „Sanfte Landung“ nach dem Quotenausstieg hieß der Plan. Daraus geworden ist ein Absturz von Butterbergen und ein Ertrinken in Milchseen. Dass diese auch noch selbst erarbeitet wurden, zeigt auf, dass es sich um ein perverses System handelt, dessen Fehler auf Kosten von Natur, Mensch und auch Tieren gehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben aber neben der Menge durchaus noch ein ganz anderes Problem. Das Überangebot macht die Diktatur der Handels- und Molkereikonzerne noch mächtiger. Erpresserische Ladenpreise von 47 Cent pro Liter sind doch die Folge. Was haben Bundesagrarminister und Koalition in dieser zugespitzten Krise getan? Sie blieben über ein Jahr lang im Hoffnungsmodus und griffen zu Krisenzeiten in die Mottenkiste der Interventionen, gefolgt von Schockstarre, weil das nicht geholfen hatte, und jetzt kommt der hektische Aktionismus. Verantwortungsvolle Krisenpolitik sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Dabei gab es frühzeitig Warnungen und Vorschläge, wie dieser Albtraum verhindert werden kann, zum Beispiel auch im gemeinsamen Antrag der Linken und Grünen, über den heute abgestimmt wird. Dieser Antrag liegt dem Bundestag bereits seit September 2015 vor und wurde im Oktober 2015 erstmals beraten. Wir wollten schon damals ernsthaft über Mengenregulierungen diskutieren. Aber das war ja Teufelszeug. Wir wollten schon damals über das Vertragsrecht diskutieren, damit die Produktionsrisiken nicht allein bei den Erzeugern hängen bleiben. Wir wollten schon damals darüber diskutieren, ob nicht wenigstens in Krisenzeiten ein Mindestpreis notwendig ist oder ob überhaupt ein Preis in die Lieferverträge gehört. Wir wollten schon damals über das Kartellrecht diskutieren, weil Handels- und Molkereikonzerne ihre Marktübermacht missbrauchen; das wissen wir doch. Es ist die Realitätsverweigerung des Bundesministeriums, der Koalition und des Bauernverbands, die den Betrieben jetzt zum Verhängnis wird.

Recht zu behalten – das sage ich ganz ehrlich –, ist manchmal wirklich bitter. Leider wird es nicht besser. Zum Beispiel macht ein Branchendialog doch nur Sinn, wenn man zuvor Milcherzeuger auf Augenhöhe mit Molkereien und Handel bringt. Was soll denn sonst daraus werden?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was soll denn das unmoralische Angebot von Steuerfreibeträgen für Gewinne aus Landverkäufen? Ich überset-

ze das einmal: Durch Bundespolitik kommen Betriebe in Existenznot, und wenn sie deshalb die Produktionsgrundlage Boden verkaufen müssen, verzichtet der Bund großzügig auf Gewinnbeteiligung. Scheinheilig ist noch das netteste Wort, das mir dabei einfällt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Subtext bedeutet das doch eine Ermutigung der Heuschrecken, die längst unterwegs sind, um die Leichen des Wettbewerbs bzw. die fette Beute einzusammeln.

(Beifall der Abg. Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE] – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt es! Das macht CDU/CSU!)

Auch auf diese Gefahr habe ich schon lange hingewiesen. Auch dazu sage ich: Es ist bitter, dass man manchmal recht behält.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Abschließend noch eines: Dass es noch nicht einmal in Genossenschaftsmolkereien gelungen ist, einen solidarischen Ausweg aus dieser Krise zu finden, besagt, dass eben auch der Genossenschaftsgedanke nicht mehr die Solidarität bietet, die er eigentlich ursprünglich einmal beinhaltete. Es bedeutet, dass es – unter dem Druck dieses sogenannten Wettbewerbs – zu einer Vereinzelung und Entsolidarisierung in der gesamten Branche gekommen ist. Wir Linke sagen schon lange, dass wir über das Genossenschaftsrecht reden und auch hier wieder zu den Wurzeln zurück müssen. Deswegen muss ich sagen: Es geht auf das Versagen der Koalition und der Bundesregierung zurück, dass das alles nicht passiert ist und die Betriebe jetzt die Zeche zahlen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wilhelm Priesmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist einmal an der Zeit, in der Debatte abzurüsten, auch was gegenseitige Schuldzuweisungen angeht. Begriffe wie „irrlichternder Totengräber“ oder „kalte Enteignung“ mögen zwar die parlamentarische Debatte beflügeln, tragen aber in gar keiner Weise zur Lösung des wirklich ernststen Problems bei, das wir im Bereich des Milchmarktes haben.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie kennzeichnest du das denn, was da passiert? Hast du da auch eine Kennzeichnung dafür?)

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) – Friedrich, ich glaube, dass die Provokation allein das Problem nicht löst.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das ist, wie ich finde, eine Art von Politik, die unehrlich ist gegenüber den Betroffenen. Denn die Lösungsvorschläge, die von eurer Seite auf den Tisch gelegt werden, sind nicht ausreichend.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du bist damit einverstanden, dass den Bauern das Eigentum genommen wird?)

Ich erinnere mich noch an die Debatte, die wir 2009 – sie begann ebenfalls im Frühjahr und ging bis zum Sommer – geführt haben. Da hatten wir die gleiche Situation. Da hatten wir ebenfalls Probleme mit dem Milchmarkt, allerdings aufgrund anderer Ursachen: wegen der damaligen Wirtschafts- und Währungskrise. Aber die Preise waren genauso weit unten wie heute. Damals fing die Diskussion mit der Frage an: Ausstieg aus der Quote oder nicht? Alles wurde hinterfragt. Der BDM und andere Organisationen haben dazu beigetragen, dass Milch auf den Acker gefahren und mit dem Güllefass verteilt wurde, dass Molkereien blockiert wurden. Damals ist die Situation noch viel weiter eskaliert, als es heute der Fall ist.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Weil die einfach verzweifelt sind!)

Auch damals war dieser Weg keine Lösung des Problems.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Es reicht doch weiß Gott nicht aus, die Welt in Gut und Böse zu unterteilen. Wir sollten uns konkret daranmachen, dass wir tragfähige Lösungen für das Problem erarbeiten

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür wird es langsam Zeit!)

und auch den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sag doch mal eine Lösung!)

Nationale Politik kann nun einmal nicht den internationalen Markt lenken. Das ist die Erkenntnis aus den vielen Jahren Quotierung. Wir hatten auch vorher schon einmal einen Mindestpreis. Er hieß Interventionspreis; das war lange vor der Quote. Er hat bei der damaligen Ausrichtung von Produktion dazu beigetragen, dass wir Anfang der 80er-Jahre Mengen hatten, die wir nicht mehr in den Griff bekommen haben, was hinterher das staatlich zwangsverwaltete Quotensystem hervorgerufen hat – mit allen seinen Folgewirkungen, etwa der Bindung an die Fläche und dem, was wir beide kennen.

Mich hat diese Thematik „Strukturwandel des Milchmarkts“ mein ganzes Berufsleben begleitet. Ich habe 1982 eine Tierarztpraxis übernommen, also vor Einführung der Quote. Ich habe den gesamten Strukturwandel erlebt. Ich habe erlebt, dass in dieser ganzen Zeit in Dörfern, wo früher noch viel Vieh war, hinterher kein einziger Betrieb mehr war und dass Betriebe immer größer geworden sind: Ein Betrieb, der mit 25 Kühen angefangen hat, hat heute 350 Kühe. So what? Was ist an

dieser Entwicklung denn negativ? Hätten wir denn diese Entwicklung mit anderen Methoden, anderen Ansätzen, anderen Möglichkeiten und direkter Förderung aus Haushaltsmitteln und anderen Zusammenhängen aufhalten können? Das hätten wir nicht! Da muss man einmal ehrlich sein, was die Möglichkeiten von Politik betrifft, und man darf keine Illusionen wecken, wir könnten bestimmte Dinge erreichen. Wir können nicht rückwärts marschieren; wir können nur vorwärts marschieren. Wir können uns nur an die Bedingungen anpassen. (C)

Aber richtig ist natürlich, dass wir ein Marktversagen in dem gesamten Bereich haben. Das ist so lange nicht richtig zum Tragen gekommen, wie wir eine quotierte Menge hatten. Aber jetzt sehen wir, dass wir die rechtlichen Rahmenbedingungen dringend ändern müssen, auch die Rahmenbedingungen und die vertraglichen Vorgaben für den Bereich der Lieferbeziehungen zwischen Produzenten und verarbeitendem Gewerbe. Es kann nicht sein, dass Landwirte Milch produzieren und ohne vertragliche Regelung über Menge, Zeit und Preis bleiben. Diese Punkte sind immer der Gegenstand von Verträgen. Mit Satzungen allein kann man dieses Problem nicht lösen.

Insofern erwarte ich in diesem Zusammenhang, dass sich vor allen Dingen der größte Bereich der Milchverarbeitung, die genossenschaftlichen Molkereien, dort bewegen. Wie soll man denn Mengenabsprachen oder Mengenregulierungen vornehmen, wenn ein Landwirt alles vor die Tür stellen kann, wenn die Molkereien alles abholen und irgendwie verarbeiten müssen? Wenn man in diesen Mechanismus nicht eingreift, braucht man sich über Mengenregulationen oder Marktanpassungen überhaupt keine Gedanken zu machen. (D)

Das, was wir kennen – Angebot, Nachfrage und Preis –, sind die zentralen Elemente des Marktes. Deren Zusammenspiel funktioniert in diesem Bereich nicht. Dieses Zusammenspiel müssen wir wiederherstellen. Wir müssen zumindest dafür sorgen, dass die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden können. Das soll nicht durch staatliche Eingriffe passieren, sondern indem wir den Beteiligten ein Instrument an die Hand geben, um vorübergehend entsprechende Absprachen zu treffen, damit das ganze System wieder ins Gleichgewicht kommt. Das soll genutzt werden. Das werden wir heute Abend beschließen. Aber es ist illusorisch, zu glauben, wir könnten mit Steuermitteln, so wie in Ihrem Antrag vorgeschlagen, mit verlorenen Zuschüssen oder mit anderen Instrumenten wie beispielsweise Bonuszahlungen letztendlich Mengen in entscheidender Weise beeinflussen. Das geht nicht; denn wir haben ja erlebt, wie bürokratisch die Umsetzung in diesem System war und wie wir versucht haben, das immer weiter anzupassen. Aber letztendlich hat es nicht funktioniert.

Ich glaube, es ist vernünftig, wenn wir gemeinsam mit den Landwirten und der Branche nicht nur zu Einschätzungen, sondern auch zur Umsetzung von Konzepten kommen. Kurzfristige Liquiditätshilfen sind nach meiner Einschätzung vollkommen akzeptabel. Man sollte sich darauf konzentrieren, den Betrieben, die in Schwierigkeiten sind, zumindest für den Zeitraum, in dem die Krise anhält, so viel Liquidität zukommen zu lassen, dass

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) sie nicht allein aus dem Grund, weil sie Kredite zu tilgen haben, die Hoftür abschließen müssen. Aber auf die eigentlichen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen, die zu treffen sind, können wir mit politischen Entscheidungen keinen Einfluss nehmen; das sollte uns klar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen strukturelle Veränderungen im Marktsektor; das ist jedem klar. Wir müssen uns auch Gedanken machen, wie wir bestimmte Bereiche der Produktion fördern wollen. Ein Beispiel ist das Unternehmen Hemme Milch, das regionale Märkte bedient und dort natürlich eine höhere Wertschöpfung erzielt. Die Wertschöpfung ist das zentrale Element, auch in der Milchproduktion. In Deutschland haben wir eine Wertschöpfung von 85 Cent, in Frankreich von über 1,10 Euro und in Italien von 1,50 Euro. Warum ist das so? Das ist die Folge der Strukturen, die sich entwickelt haben, weil bei Interventionspreisen über viele Jahre für die Intervention produziert wurde und die Unternehmen nicht gezwungen waren, sich auf die Marktnachfrage einzustellen und Markenprodukte zu produzieren. Die Privaten haben das anders angefangen. Deshalb haben sie natürlich auch eine größere Gewinnspanne. Aber die Genossenschaftsmolkereien bestimmen mit der Menge, die sie für den Markt verarbeiten, den Preis, und die privaten Molkereien orientieren sich daran.

- (B) Der Landwirt ist letztendlich derjenige, der betriebswirtschaftliche und sonstige Fehlentscheidungen sowie Marktentwicklungen zu tragen hat. Der Landwirt trägt zum gegenwärtigen Zeitpunkt fast das vollständige Marktrisiko. Das ist das Problem. Ich habe noch nicht gehört, dass irgendeine Molkerei davor steht, Insolvenz anzumelden. Das heißt also: In diesem Bereich wird immer noch verdient. Solange aber in diesem Bereich kein unternehmerisches Risiko getragen wird, so lange kann dieser Markt auch nicht funktionieren. Dafür, dass das nicht mehr so ist, wollen wir sorgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Alois Gerig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Gerig (CDU/CSU):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich begrüße es, dass wir hier heute zu einer guten Debattenzeit eine Plenardebatte zur Milchkrise führen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie den Grünen zu verdanken! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank!)

Ich freue mich, dass wir alle ein Ziel haben: Wir wollen der Landwirtschaft, insbesondere den Milchviehaltern, zu Hilfe kommen. Und: Ja, wir haben zwei Anträge, die wir als Koalitionsfraktionen wegen des Inhalts und der

Ausrichtung nicht teilen können. Aber, lieber Friedrich Ostendorff, Beschimpfungen helfen uns hier gar nicht. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollten gemeinsam nach einem Weg suchen, um den Bauern zu helfen, damit die Bauern Vertrauen in die Politik haben und wissen, dass sie sich auf uns verlassen können. Alle Ebenen müssen jetzt zusammenhalten, alle müssen sich bewegen, alle können etwas dafür tun. Ich bin dem Minister dankbar, dass er den Milchgipfel einberufen hat, und ich bin ihm dankbar dafür, dass er europa- und weltweit um Freunde wirbt, die mit ihm gemeinsam an dem Problem der globalen Überproduktion von Milch arbeiten. Was können wir machen? 32 Jahre lang hat die EU-Milchquote nicht dazu gedient, dass wir eine ordentliche Marktregel bei der Milchmenge hinbekommen haben. Das hat die melkenden Bauern sehr viel Geld gekostet und Preistiefs nicht verhindert. Es hat aber sehr viel Bürokratie geschaffen. Das hat uns auch nicht geholfen.

Das erste Liquiditätshilfeprogramm war kein Allheilmittel, aber es hat geholfen; ein weiteres wird folgen. Da geht es um Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung, um Bürgschaften, um Kredite und um Steuerglättung, wie es der Herr Staatssekretär gesagt hat. Mit der Novelle des Agrarmarktstrukturgesetzes, die wir heute später debattieren, sorgen wir dafür, dass die Rahmenbedingungen für die Marktpartner verändert werden können. Darin liegt für mich auch ein Teil der Lösung. Wir dürfen das Problem nicht den Milchbauern alleine überlassen. (D)

Ich kann mir vorstellen, dass man mit Liefervereinbarungen, zum Beispiel mit Zu- und Abschlägen bei den Branchenquoten, bei den Milchbauern eine Motivation schaffen kann, die Überproduktion von Milch zu beenden. Dadurch könnte eine Win-win-Situation entstehen. Handel und Verarbeiter haben keinen Grund, den aktuellen Milchmarkt auszunutzen. Es braucht aktuell am deutschen Markt doch auch keine ausländische Milch. Es braucht kein Preisdumping, das überwiegend durch die Eigenmarken des Lebensmitteleinzelhandels verursacht wird.

Im Übrigen können die Verbraucher jetzt schon mit dem richtigen Griff ins Regal dafür Sorge tragen, dass mehr Wertschöpfung bei den Milchbauern ankommt. Das muss man auch immer wieder in der Öffentlichkeit sagen. Ich spüre eine große Solidarität. Aber die Menschen müssen da auch mitgehen; sie müssen etwas machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, die Politik muss den Milchbauern helfen. Es geht hier um keine Branche wie die übrige Wirtschaft. Die Bauern produzieren keine Waschmaschinen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Können auch keine Kurzarbeit machen!)

Die Bauern produzieren Lebensmittel von allerhöchster Qualität. Die Lebensmittel, die in Deutschland produziert werden, erfüllen die höchsten Standards. Unsere Bauern erhalten die geliebte vielfältige Kulturlandschaft.

Alois Gerig

- (A) Da ist mir wichtig, dass wir weiterhin flächendeckend in ganz Deutschland Milchkühe und Milchbauern haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Bauern sind das Rückgrat in den Dörfern, das Rückgrat in den ländlichen Regionen. Klar, es hat schon immer den Strukturwandel gegeben, aber im Moment geht es wie im freien Fall. Auch die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Gewerke und Branchen sind aktuell schon betroffen; auch sie leiden.

Deswegen: Lassen Sie uns die Leistungen der Bauern in den Fokus nehmen. Lassen Sie uns mit den Bürgern und den Verantwortlichen einen Dialog führen. Es geht um Wertschöpfung; das ist richtig. Es geht aber auch um Wertschätzung der Lebensmittel und einer ganzen Branche. Lassen Sie uns deshalb alle gemeinsam daran arbeiten, die schwierige Situation unserer Bauern zu entschärfen. Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass unsere Bauern Freude an der Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive haben. Dann haben die ländlichen Regionen eine Chance.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Rainer Spiering.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Rainer Spiering (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Ich möchte mich dem anschließen, was Wilhelm Priesmeier gesagt hat: Es wäre ganz gut, wenn wir verbal ein bisschen abrüsteten.

Die Frage der Milchpreisentwicklung ist nicht erst heute entstanden. Ich habe mir die Zahlen kommen lassen. Deutschland hat gemäß den Zahlen, die ich habe, seit 2007 einen sehr hohen Überschuss an Milch im Außenhandel. Ist das mit oder ohne Quote passiert? Es ist mit Quote passiert.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist der Ausstiegspfad aus der Quote!)

Das haben wir gewähren lassen, und wir hatten durch die Quote einen Effekt, von dem wir alle wissen, dass wir ihn auch nicht wollten. Ich würde den Fokus darauf legen: Wie gehen wir mit den Landwirten um, was können wir tun?

Ich sage ganz deutlich: Die 100 Millionen Euro, die wir jetzt geben, werden keinen großen Effekt erzielen, und das wissen wir alle.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wenigstens ehrlich!)

Da müssen wir uns ehrlich genug machen. Das wird die Strukturveränderung in der Landwirtschaft nicht aufhalten.

Ich sage gleichwohl – wir waren vorgestern Abend beim Sozialverband Deutschland, SoVD –: Es ist eine erstaunliche Leistung – ich finde, da kann sich die bäuerliche Gemeinschaft auch glücklich schätzen –, dass die Bundesrepublik Deutschland in diesen Sozialverband 4 Milliarden Euro, das entspricht 50 Prozent aller Leistungen, hineingibt. Ich kenne keinen Sozialversicherungszweig in Deutschland, in den so viele Bundesmittel fließen. Ich finde, das ist wirklich eine richtige Hilfe für die Landwirtschaft, und das ist auch in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn wir uns jetzt aber mit den Strukturen auseinandersetzen wollen und wenn wir wirklich helfen wollen, dann hilft es uns übrigens nicht, wenn wir uns nur auf die Milchpreiskrise konzentrieren.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Richtig!)

Vielmehr hat sich etwas verändert. Unser Land hat sich auf den Weg gemacht, eine Exportnation in der Landwirtschaft zu sein. Das birgt große Risiken, sehr große Risiken.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Aber auch Chancen!)

Jetzt kann man überlegen, wie man dort mit nationalen Mitteln etwas ändern kann.

Mir stellt sich die Frage – und ich bitte, dass der Bundesminister sie beantwortet –: Wie kommt es eigentlich zu dem Unterschied bei der Entlohnung bayrischer Landwirte gegenüber niedersächsischen Landwirten? Es gibt fast kontinuierlich 5 Cent Ertragsunterschied zwischen Milchbauern in Niedersachsen und in Bayern. Ich möchte gerne einmal wissen: Woran liegt das? Hat das mit Strukturen zu tun, die dort entstanden sind? Ist das Zufall? Das möchte ich wissen; denn ich halte es für ausgesprochen ungewöhnlich, dass das so ist.

Zur nächsten Frage, die mir zu beantworten ist. In vielen Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion gibt es durchaus Wertschöpfung. Das betrifft aber Produkte, die aus Milch hergestellt werden. Angesichts der Milchmengen, die wir produzieren, würde mich interessieren: Wie stark sind wir eigentlich bei der Produktion neuwertiger Produkte? Wie viel lassen wir uns das kosten, neue Produkte zu entwickeln? Kann es nicht sein, dass wir in einem Bereich, in dem wir deutlich höhere Wertschöpfung erzielen können, viel zu schwach sind? Diese Frage müssen wir uns auch einmal stellen. Wir müssen in Forschung und Entwicklung gehen und sagen: So, Landwirte, das ist ein Angebot, das wir euch machen können. Wir offerieren euch ein Produkt, mit dem ihr Geld verdienen könnt. – Es kann übrigens sein, dass das mehr als 100 Millionen Euro kostet. Aber das ist eine Investition in die Zukunft, die helfen kann.

Der nächste Punkt. Da vorne sitzt mein Freund Johann Saathoff. Er ist einer der am stärksten Betroffenen hier, weil er in einer reinen Milchviehwirtschaft lebt und arbeitet. Ich finde, viel zu dünn kommt die Argumentation von „Grünland als CO₂-Senke“ daher. Wir alle wissen um die segensreiche Wirkung von Grünland, und zwar gewachsenem Grünland, nicht umgebrochenem Grünland.

(C)

(D)

Rainer Spiering

- (A) Ich finde, es ist den Schweiß der Edlen wert, darüber nachzudenken, ob ich diese natürliche CO₂-Senke nicht schütze. Das bedeutet aber auch, dass ich Umbruchmöglichkeiten reduziere oder abschaffe. Das bedeutet auch, dass ich mich als Staat dazu bekennen muss, in Grünland richtig Geld zu investieren, und zwar so, dass es für den Milchbauern attraktiv wird, von einer intensiven auf eine extensive Landwirtschaft umzusteigen. Wenn ich höre, dass die heutige Milchkuh, wenn ich ihr das Kraftfutter entziehe, gar nicht mehr lebensfähig ist, dann muss ich mit Verlaub sagen: So ganz richtig kann das auch nicht sein.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Nein, nein, nein!)

Ich finde, hier sollten wir ansetzen und umsteuern. Wir sollten Bundesmittel in die Hand nehmen und nachhaltig in die CO₂-Senke investieren; ob wir das über Umschichtung der Säulen machen oder auf anderen Wegen, das sei einmal dahingestellt. Aber das sind Wege, die wir gehen können.

Zur Preisentwicklung. Man muss ganz nüchtern sagen: Für die Milchviehwirtschaft hat es im November 2013 eine sehr ertragreiche Zeit gegeben. Damals wurden Preise von 42 Cent pro Liter gezahlt. Aber wenn man sich die Kurven genau anschaut, dann stellt man fest, dass mit dem Anstieg des Preises die Milchproduktion stieg.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das war doch politisch gewollt!)

- (B) An dieser Stelle muss ich an alle Beteiligten appellieren, sich sehr sorgfältig zu überlegen: Auf was für ein Spiel lasse ich mich ein? Jetzt komme ich zu einem zentralen Punkt. Es gibt in der Landwirtschaft eine Vereinigung, die für die Interessen der Landwirtschaft tätig ist, und das ist der Bauernverband. Ich kann vom Bauernverband doch erwarten, dass er eine schlüssige Antwort darauf gibt. Ich muss mit dieser Antwort nicht einverstanden sein, aber ich kann eine schlüssige Antwort erwarten, und die bekomme ich im Moment nicht.

Wenn ich mir den Bereich anschau, aus dem ich komme – das ist der Zentralverband des Deutschen Handwerks –: Die Vielfältigkeit des deutschen Handwerks ist mindestens so groß wie die der deutschen Landwirtschaft. Aber der Zentralverband des Deutschen Handwerks spricht mit einer Stimme. Das kann ich von einer Standesorganisation wie dem Bauernverband auch erwarten.

Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Zum Abschluss der Debatte erhält jetzt der Kollege Artur Auernhammer, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

(C)

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn bei einer Milchdebatte ein Glas Milch hier stehen würde, würden wir der deutschen Landwirtschaft mehr dienen als mit dem vorliegenden Antrag.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Wir können das mit in den Haushaltsausschuss nehmen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Ist der da zuständig? – Die Debatte der letzten Tage und Wochen hat wieder einmal die Landwirtschaft in die Mitte der Berichterstattung geholt. Der Milchpreis hat die Landwirtschaft wieder in die Schlagzeilen und in die Nachrichtensendungen der großen Medien gebracht, aber ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch andere landwirtschaftliche Betriebe gibt, die halten Schweine oder bauen Getreide an. Wenn ich heute Morgen in der WhatsApp-Gruppe meiner Jungbauern lese, dass der Schlachtschweinepreis in der nächsten Woche wieder um 5 Cent sinkt, dann müssen wir grundsätzlich über die Einkommenslage in der Landwirtschaft diskutieren und nicht nur über die Milcherzeuger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Milch hat eine hohe Bedeutung für unser Land, gerade für Süddeutschland, aber auch für andere Regionen. Ich denke hier an Ostfriesland. Lieber Rainer Spiering, wenn man einer Kuh das Kraftfutter entzieht, dann verhungert sie deswegen nicht. Die Kuh hat einen Wiederkäuermagen, und sie ist eine der wenigen lebensfähigen Kreaturen in unserem Land, die es schaffen, aus Gras Milch zu produzieren. Deshalb ist es wichtig – das hast du vollkommen richtig gesagt –: Zum Grünlanderhalt ist eine leistungsfähige Milchviehhaltung notwendig.

Wie sieht die Realität aus? Im November 2007 lag der Preis meiner Anlieferungsmilch bei der Molkerei bei 44 Cent. Im Juli 2009 lag er bei 22 Cent. In dieser Zeit hatten wir eine Milchquote. Wir hatten auch die Kosten für Bodenkauf, für Bodenpacht, für Überlieferung, für Leasing und für die ganzen Finanzmittel zu tragen, die aus der aktiven Landwirtschaft in andere Bereiche abgewandert sind. Die müssen wir hier auch einmal erwähnen. Deshalb kann es keine staatliche Mengenregulierung mehr geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Wir wussten alle, die Quote läuft aus. Viele haben sich auf das Auslaufen der Quote eingestellt, in erster Linie die Milchbauern in Europa. In Irland stieg die Milchlieferung um 18 Prozent, in den Niederlanden um 12 Prozent. In Deutschland „nur“ um 3,8 Prozent, aber von der Menge war dies natürlich wesentlich mehr. Ich möchte

Artur Auernhammer

- (A) nicht wissen, wie viel Milch die deutschen Milchbauern geliefert hätten, wenn wir in unserem Land keine so große Trockenheit gehabt hätten. Aber, wie gesagt, die Milchbauern haben sich darauf eingestellt. Sie haben Gas gegeben.

Wer sich meiner Meinung nach nicht darauf eingestellt hat, ist die Molkereiwirtschaft. Wir haben hohe Defizite in der Vermarktung, und es wurde gerade angesprochen, dass wir im Milchpreis einen Unterschied von 5 Cent zwischen Nord- und Süddeutschland haben. Das hat vielleicht damit etwas zu tun, dass wir in Süddeutschland innovative Produkte haben.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: So ist es!)

Die Frage ist aber, ob diese Produkte auch weltmarktfähig sind. Wir haben in Süddeutschland auch einen besseren Zugang zum italienischen Markt, und wir haben – ich nenne das Stichwort „Bergbauernmilch“ – ein gutes Absatzimage beim Verbraucher.

Zum Thema Absatzimage muss ich aber auch berichten, was ich in den letzten Tagen in einem Berliner Discountladen gesehen habe. Dort stand ein Milchregal für Frischmilch. Der Liter Milch, 1,5 Prozent Fett, zu einem Verkaufspreis von 42 Cent. Leider konnte ich keine Milch mitnehmen, weil das Regal leergefegt war. Der Verbraucher trifft seine eigenen Entscheidungen. Er greift nach den billigen Produkten und will diese nutzen.

Frau Präsidentin, die Kollegin Bulling-Schröter will eine Zwischenfrage stellen.

- (B) **Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Das haben wir schon gesehen. Ich wollte Sie nur zu Ende reden lassen. Jetzt frage ich Sie aber. Sie gestatten die Frage der Kollegin Bulling-Schröter?

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Von der Kollegin Bulling-Schröter, gerne.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Bitte schön.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie mir die Möglichkeit geben, Ihnen eine Frage zu stellen. Sie sprechen von Wettbewerbsfähigkeit. Das heißt, dass die Milch überallhin verkauft wird, auch in die USA und in andere Länder und umgekehrt. So sollen wir ja jetzt im Rahmen von TTIP frische Eier aus den USA bekommen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unsinn!)

– Lasst mich doch meine Frage stellen. Warum regt ihr euch jetzt so auf?

Jetzt meine Frage an Sie: Wir kommen beide aus Bayern, und wir wissen, dass die Bayerinnen und Bayern gern regionale Kreisläufe haben. Wir sind gemeinsam in einigen Gremien, in denen wir auch dafür eintreten, regionale Produkte vor Ort zu kaufen. Warum organisieren wir nicht mehr regionale Kreisläufe, damit das, was bei uns produziert wird, auch vor Ort vermarktet und zu einem

fairen Preis verkauft wird? Warum sagen wir nicht: „Wir wollen mehr tiergerechte Haltung“? Man kann sich zwar darüber streiten, aber im Prinzip sind wir uns doch einig, dass da noch viele Zugaben notwendig sind, damit in der Region so viel produziert wird, wie gebraucht wird, und die Bäuerinnen und Bauern davon leben können.

(Beifall bei der LINKEN)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Verehrte Frau Kollegin! Wenn Sie gerade aufgepasst hätten, wüssten Sie, dass auch ich ein Freund der regionalen Vermarktung bin.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Ich habe aufgepasst!)

Auch ich bin dafür, die regionale Bergbauernmilch so zu vermarkten, dass der Verbraucher nachvollziehen kann, wo das Produkt herkommt.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Genau!)

Aber die Realität sieht doch ganz anders aus: Im Discounter wird das billigste Produkt genommen und nicht das regionale. Das ist doch das Problem. Wenn man dem Verbraucher eine Keule, also ein Mikrofon, vor die Nase hält und ihn fragt, was er alles einkaufen will, sagt er: Regionale Produkte und Bio. – Die Realität sieht aber ganz anders aus: hauptsächlich billige Lebensmittel, damit noch genügend Geld für den Urlaub übrig bleibt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Weil sie Lidl und Aldi nicht noch reicher machen wollen!)

Ein Hinweis sei mir noch gestattet: Sie kommen aus Ingolstadt. In Ingolstadt gibt es eine Autowerkstatt, die Produkte herstellt. Wenn diese Autowerkstatt nicht auf dem Weltmarkt tätig wäre, dann wäre der Arbeitsmarkt in Ihrer Region ganz anders aufgestellt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Autos und Lebensmittel zu vergleichen, ist ganz schlecht!)

Warum soll die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft die Potenziale des Weltmarktes nicht nutzen dürfen? Darf das nur ein Autohersteller? Darf das nur eine gewerkschaftlich organisierte Fabrik?

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Darum sollten Sie sie auch nicht mit Autoherstellern vergleichen!)

Nein, das müssen auch unsere Bäuerinnen und Bauern machen dürfen. – Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir debattieren das Thema Milch hier teilweise hochemotional und mit großer Leidenschaft, viele liefern gute Beiträge, aber es geht auch um die Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft. Wenn ich mit Landwirtinnen und Landwirten rede und sie frage: „Was bewegt euch am meisten?“, dann werde ich als Erstes gefragt: Wie geht es weiter mit der Düngeverordnung? Wann kommt ein

Artur Auernhammer

- (A) Düngegesetz? Ich möchte hier alle Akteure, die sich heute und in den letzten Tagen so hervorragend für die deutsche Landwirtschaft eingesetzt haben, einladen, auch ein vernünftiges, praxisgerechtes Düngegesetz zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt, wenn es darum geht, dafür zu sorgen, dass unsere Bauern auch in Zukunft noch verantwortungsbewusst Pflanzenschutzmittel einsetzen dürfen, auch wenn es darum geht, einen Ampfer in der Wiese zu bekämpfen. Dafür ist ein bestimmtes Pflanzenschutzmittel notwendig.

Noch einen Satz zum Schluss: Im Bundesrat wurde neulich eine Abstimmung herbeigeführt, in der es darum ging, die Anbindehaltung zu verbieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Drittel der bayerischen Betriebe hat noch eine Anbindehaltung. Wenn Sie diese Anbindehaltung verbieten wollen, müssen Sie zu einem Drittel der bayerischen Milchbauern sagen: Sperrt eure Höfe zu. – Das will ich vermeiden. Darum stelle ich zum Schluss –

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Aber wirklich zum Schluss.

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

– die gleiche Frage, die Fritz Ostendorff eingangs gestellt hat: In welchen Zeiten leben wir eigentlich?

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, dass die Vorlage auf Drucksache 18/8618 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen wird. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist das so der Fall. Die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen damit zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Milchmarkt stabilisieren – Milchkrise beenden“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/8641, den Antrag der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/6206 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Das Fachkräftepotenzial ausschöpfen – Zukunftschancen der deutschen Wirtschaft sichern

Drucksache 18/8614

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. (C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Axel Knoerig, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Axel Knoerig (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt zwei wesentliche Faktoren bei dem Thema Fachkräftesicherung. Das ist zum einen die Digitalisierung. Sie birgt für die Wirtschaft, für die Arbeit große Wachstumspotenziale. Es reicht aber nicht, nur allein auf Innovation und Forschung zu setzen. Im Mittelpunkt unserer Unionspolitik steht der Mensch und nicht die Technik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Josip Juratovic [SPD])

Das Wissen unserer Fachkräfte ist eigentlich der Rohstoff für Innovationen von morgen. Darauf muss sich die Personalpolitik der Unternehmen entsprechend einstellen. Wir müssen den Arbeitnehmern Perspektiven geben, die neuen Technologien als Chance zu begreifen.

Der zweite wichtige Faktor in diesem Zusammenhang ist der demografische Wandel. Schon in den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der Erwerbstätigen um 5 bis 6 Millionen Menschen sinken. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sieht sogar einen Rückgang um eine halbe Million pro Jahr bis 2035. Das sind alarmierende Zahlen. (D)

Der vorliegende Antrag macht deutlich, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eigene Instrumente zur Fachkräftesicherung entwickelt hat. Deswegen ist dieser Antrag hier gerechtfertigt. Das grenzt ihn auch von den sozial-, bildungs- und familienpolitischen Zielsetzungen ab.

Über die Mitberatung dieser Ressorts sind alle Querschnittsaufgaben zur Fachkräfterekrutierung enthalten. Ich möchte meinen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen von SPD und CDU/CSU hier noch einmal deutlich formulieren. Insbesondere gilt der Dank meiner Kollegin Lena Strothmann und meinem Kollegen Herrn Dr. Hans-Joachim Schabedoth von der SPD.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben zurzeit noch keinen flächendeckenden Fachkräftemangel, aber es gibt sehr wohl regionale Engpässe. Diese sind vor allem im Süden und im Osten unseres Landes erkennbar. Dazu haben wir mit dem Bundeswirtschaftsministerium eine Studie in Auftrag gegeben. Diese wurde vom Kompetenzzentrum für Fachkräftesicherung konzipiert. Zum Jahresanfang 2016 sind 685 Berufe untersucht worden. Es gibt bereits in 148 Berufen Engpässe. Dazu zählen der Maschinenbau, die Metall- und Elektronikbranche, Sanitär, Heizungs- und Klimatechnik sowie die Gesundheits- und die Pflegeberufe.